



Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit



StMUG - Postfach 81 01 40 - 81901 München

Frau
Karin Berkemer
Arbeitskreis Gentechnik-Freies
Metzingen/Ermstal
Im Bühle 12
72555 Metzingen

Ihre Nachricht
30.01.2011

Unser Zeichen
74a-U8790-2011/32-4

Telefon +49 (89)9214-3307
Dr. Boris Schneider
Boris.Schneider@stmug.bayern.de

München
24.02.2011

Saatgutproben und Umgang mit gentechnisch verunreinigtem Saatgut

Sehr geehrte Frau Berkemer,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 30.01.2011. Herr Staatsminister Söder hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Bayern bietet seiner Bevölkerung durch seine landschaftliche Schönheit, großen Naturreichtum und seine hohen Umweltstandards eine einzigartige Lebensqualität. Dazu trägt eine kleinräumige, strukturreiche Landwirtschaft erheblich bei. Der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ist damit nicht vereinbar.

Seit 2009 findet in Bayern keine staatliche Freilandforschung mehr statt. Dank bay-erischer Initiativen hat Frau Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner im April 2009 den Anbau der gentechnisch veränderten Maislinie MON 810 untersagt. Die gentechnisch veränderte Kartoffel Amflora wird in Bayern nicht angebaut. Wir sind somit auf einem guten Weg zu einem gentechnikanbaufreien Bayern.

Standort
Rosenkavalierplatz 2
81925 München

Öffentliche Verkehrsmittel
U4 Arabellapark

Telefon/Telefax
+49 89 9214-00 /
+49 89 9214-2266

E-Mail
poststelle@stmug.bayern.de
Internet
www.stmug.bayern.de

Von diesem Ziel wird uns auch das im vergangenen Jahr in Bayern ausgesäte gentechnisch verunreinigte Saatgut nicht abbringen. Als Niedersachsen informierte, dass verunreinigtes Saatgut nach Bayern geliefert wurde, war dieses bereits an Landwirte verkauft und von diesen ohne Kenntnis der gentechnischen Verunreinigung ausgesät worden. Die betroffenen Landwirte sind unschuldig in diese missliche Lage geraten. Die zuständigen Regierungen haben die Beseitigung der Pflanzen noch vor der Blüte veranlasst.

Analyseergebnisse müssen zu einem Zeitpunkt vorliegen, zu dem Saatgut noch vor der Aussaat vom Markt genommen werden kann. Dafür hat sich Bayern bei der letzten Umweltministerkonferenz am 12.11.2010 eingesetzt: Die Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Gentechnik (LAG) und die Agrarministerkonferenz sollen darauf hinwirken, dass Untersuchungen von Saatgut auf GVO-Anteile rechtzeitig abgeschlossen werden. Der Bund soll prüfen, ob rechtlich verbindliche Fristen zur Ergebnismitteilung der GVO-Untersuchung des Saatgutes getroffen werden können.

Gentechnische Verunreinigungen liegen letztlich in der Verantwortung der Saatguthersteller. Die Landwirtschaft muss auch künftig auf einwandfreies Saatgut vertrauen können. Dafür werden wir uns auch weiterhin einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Boris Schneider
Regierungsrat